

schule für Politik und Recht in Beijing eröffnet werden. Auch dem Kunststudenten Li Minqi solle in Kürze der Prozeß gemacht werden. (Reuter in SCMP, 18.4.91) -sch-

*(12)

Prominente Oppositionelle aus der Haft entlassen

In Shanghai wurde der frühere Beijinger Korrespondent des Shanghaier *World Economic Herald* (Shijie jingji daobao: Weltwirtschaftsbote), Zhang Weiguo, nach 20 Monaten Haft entlassen. Zhang war im Juni 1989 wegen seiner Beteiligung an der Protestbewegung verhaftet und seitdem im Shanghaier Gefängnis Nr. 1 festgehalten worden. Die Freilassung von Zhang kam überraschend, da die Behörden ihn noch im Februar 1991 für schuldig befunden hatten, "Anstiftung zur Konterrevolution" betrieben zu haben. (IHT, 6./7.4.91)

In Beijing wurden der Dramatiker Wang Peigong und sein Bekannter Dong Xiang nach 21 Monaten Haft im Qincheng-Gefängnis am 8. März 1991 in die Freiheit entlassen. Wang und Dong war vorgeworfen worden, dem in die USA geflohenen Studentenfürher Wu'er Kaixi Unterschlupf gewährt zu haben. Die beiden zählen zu einer siebenköpfigen Gruppe von Oppositionellen, die in Beijing Anfang März freigelassen wurden. Die Namen der fünf anderen aus der Haft entlassenen Personen sind nicht bekannt. (SCMP, 10.3.91; AW, 22.3.91, S. 42) -sch-

*(13)

Bevölkerungspolitische Ziele bis zum Jahr 2000

Während in dem Dokument über das Zehnjahres-Programm und den 8. Fünfjahrplan, das auf der 4. Sitzung des VII. NVK verabschiedet wurde (vgl. Wortlaut in RMRB, 16.4.91), die bevölkerungspolitischen Ziele nur allgemein angesprochen und keine konkreten Planziele genannt werden (vgl. Punkt 8 (2)), wurden konkrete Planzahlen auf einer Diskussionsveranstaltung über Familienplanung bekannt, die das ZK und der Staatsrat am 7. April in Beijing veranstalteten. Auf dieser Veranstaltung sprach ZK-Generalsekretär Jiang Zemin davon, daß die Bevölkerung Chinas bis 1995 wahr-

scheinlich die 1,2-Mrd.-Marke überschreiten und bis zum Jahr 2000 die 1,3-Mrd.-Marke erreichen werde (vgl. RMRB, 9.4.91).

In seiner Rede wies Jiang Zemin auf die Dringlichkeit des Bevölkerungsproblems hin. Dieses sei für China deshalb so gravierend, weil die Bedingungen der Nation durch eine hohe Bevölkerungszahl, einen Mangel an Agrarland, eine unzureichende Ausgangslage und einen verhältnismäßig geringen Pro-Kopf-Anteil an den natürlichen Ressourcen gekennzeichnet seien. Die große Bevölkerung und das schnelle Bevölkerungswachstum seien eine schwere Bürde, die den sozioökonomischen Fortschritt ernsthaft behindere und den Lebensstandard der Bevölkerung beeinträchtige. Selbst wenn sich China strikt an die Vorgaben der staatlichen Familienplanungs-Programme hielte, würde Chinas Bevölkerung bis 1995 immer noch auf mehr als 1,2 Mrd. anwachsen und bis zum Jahr 2000 sich einer Bevölkerungszahl von 1,3 Mrd. nähern. Wenn man die Zügel auch nur ein bißchen locker ließe, würde die Bevölkerung wahrscheinlich 1,3 Mrd. überschreiten, und diese Gefahr bestehe tatsächlich.

Als wichtigste Maßnahme zur Einschränkung des Bevölkerungswachstums nannte Jiang Zemin die Verstärkung der Parteiführung auf dem Gebiet der Bevölkerungskontrolle. Die Familienplanung habe täglich auf der Tagesordnung der Parteikomitees aller Ebenen als wichtiger Punkt zu stehen, und die Leistungen der Parteikomitees und örtlichen Regierungen sollten nach den Erfolgen in der Familienplanung beurteilt werden. Im übrigen sollten die Parteimitglieder und Kader aller Ebenen mit gutem Beispiel vorangehen. Besonders hob er auch die Notwendigkeit der Erziehung der Bevölkerung in Fragen der Familienplanung hervor; hier sei vor allem das Bewußtsein für Geburtenkontrolle zu stärken und der Zusammenhang zwischen Bevölkerungszahl und Pro-Kopf-Anteil an den wirtschaftlichen Erträgen klarzumachen.

Ministerpräsident Li Peng, der ebenfalls auf der Veranstaltung sprach, führte aus, daß selbst bei einer Ausdehnung der Getreideproduktion auf 500 Mrd. kg bis Ende des Jahrhunderts der Pro-Kopf-Anteil daran auf dem gegenwärtigen Stand bliebe, weil die

Bevölkerung bis dahin auf 1,3 Mrd. angewachsen sein werde. Er forderte für das kommende Jahrzehnt, die jährliche natürliche Wachstumsrate auf durchschnittlich maximal 12,5 Promille zu begrenzen (ebd.). In den achtziger Jahren betrug die natürliche Wachstumsrate über 14,5 Promille pro Jahr. Angesichts des in den nächsten Jahren zum Tragen kommenden Babybooms der sechziger und siebziger Jahre wird es nur mit äußerster Anstrengung gelingen, die 1,3-Mrd.-Marke bis zum Ende des Jahrhunderts einzuhalten. -st-

Kultur

*(14)

Entwicklung des kulturellen Bereichs im letzten Jahrzehnt

Wie statistischen Angaben zu entnehmen ist, die die *Guangming-Zeitung* am 3.4.91 zur Entwicklung des kulturellen Bereichs in den achtziger Jahren veröffentlichte, hat sich die Reformpolitik insgesamt positiv auf die kulturelle Entwicklung ausgewirkt. Allerdings sind auch deutlich die Auswirkungen der nach den Juni-Ereignissen 1989 vorgenommenen Korrekturen zu spüren, die in einigen Bereichen zu einer rückläufigen Entwicklung geführt haben.

Am schnellsten haben sich *Funk und Fernsehen* entwickelt. Während es 1980 erst 106 Rundfunkstationen gab, wuchs ihre Zahl 1985 auf 213, 1989 auf 531 und 1990 auf 640 an. Die Zahl der Fernsehstationen stieg im selben Zeitraum von 38 (1980) über 202 (1985) und 469 (1989) auf 510 (1990). Der Rundfunk erreicht 74,7 Prozent, das Fernsehen 79,5 Prozent der Bevölkerung. Auch die Filmindustrie hat einen starken Zuwachs zu verzeichnen: In den achtziger Jahren wurden mehr Spielfilme (1.289 Stück) gedreht als in den drei vorausgegangenen Jahrzehnten; das waren 62 Prozent der gesamten Filmproduktion Chinas seit 1949. Positiv vermerkt wird, daß die Filme in bezug auf Inhalt, Form und Technik große Fortschritte gemacht haben.

Auf dem *Publikationssektor* ist die Entwicklung differenziert verlaufen. Die allgemeine Entwicklung wird da-

hingehend gekennzeichnet, daß sowohl bei Buchpublikationen als auch bei Zeitschriften eine größere Produktvielfalt bei gleichzeitig geringeren Druckauflagen zu verzeichnen ist. Ende 1990 gab es in China 501 Buchverlage, 332 mehr als 1980. Die Zahl der publizierten Buchtitel belief sich 1990 auf 79.183, die der Zeitschriften auf 5.880 und die der Zeitungen auf 782. Im Vergleich zu 1980 bedeutet dies einen Zuwachs um das 2,7fache, 1,7fache bzw. 3,2fache.

Aus den Angaben ist jedoch nicht zu ersehen, ob der Zuwachs stetig bis 1990 erfolgte. Die beigegefügte Graphik nennt nur für die Jahre 1980, 1985 und 1990 Zahlen, wobei sich diese Zahlen allerdings nicht auf die veröffentlichten Titel, sondern die gedruckten Exemplare beziehen. Danach sind zwischen 1980 und 1985 die Druckauflagen stark angestiegen und sind 1990 deutlich zurückgegangen. So stieg die Zahl der gedruckten Bücher von 4,59 Mrd. (1980) auf 6,67 Mrd. (1985) an, um 1990 auf 5,58 Mrd. Exemplare zu sinken. Bei den Zeitschriften lauten die Zahlen für die drei Jahre 1,12 Mrd., 2,56 Mrd. und 1,91 Mrd. Exemplare, bei den Zeitungen 14,04 Mrd., 19,98 Mrd. und 15,87 Mrd. Exemplare. Vermutlich ist der Rückgang zwischen 1985 und 1990 nicht auf eine Verringerung der Auflagenzahlen, sondern auf das Verbot zahlreicher Publikationen und die Schließung einer Reihe von Verlagen im Anschluß an die Juni-Ereignisse 1989 zurückzuführen. Deshalb dürfte sich der Publikationssektor bis zum Mai/Juni 1989 ausgedehnt haben und erst ab Sommer 1989 geschrumpft sein. Die im Spätsommer 1989 einsetzende Überprüfung aller Verlage und Zeitungshäuser, die offiziell mit dem Kampf gegen Pornographie begründet wurde, hat zu zahlreichen Verlags-schließungen, Konfiszierungen und Veröffentlichungsverboten geführt. Betroffen waren nicht nur pornographische Publikationen, sondern auch ideologisch unliebsames Schrifttum.

Uneingeschränkt konnte sich der Bereich der *Museen, öffentlichen Büchereien und Kulturhäuser* ausdehnen. Betrug die Zahl der Museen 1980 landesweit noch 365, so war ihre Zahl 1990 auf 1012 angestiegen. Die Zahl der öffentlichen Büchereien wuchs von 1.732 im Jahre 1980 auf 2.527 im Jahre 1990, die der Kulturhäuser von 2.912 (1980) auf 3.000 (1990). Hingegen

mußten *Theater* und andere künstlerische Ensembles Einbußen hinnehmen. Während sich die Zahl der Ensembles der darstellenden Künste 1980 noch auf 3.533 belief, machte sie 1990 nur noch 2.819 aus. Dieser Rückgang ist jedoch nicht in Zusammenhang mit der Unterdrückung der Demokratiebewegung Anfang Juni 1989 zu bringen; vielmehr müssen wirtschaftliche Gründe dafür verantwortlich gemacht werden, daß eine Reihe von Theatern und Ensembles schließen mußten. Ein Ziel der Reformen im Kulturbereich bestand nämlich darin, die Subventionen abzubauen, mit der Folge, daß nur die Ensembles überlebten, die sich wirtschaftlich weitgehend selbst tragen konnten. -st-

*(15)

Fortschritte im Erziehungswesen in den achtziger Jahren

Das Staatliche Statistische Amt der VR China hat kürzlich Zahlen veröffentlicht, die die Fortschritte belegen, die im Erziehungswesen in den zehn Jahren zwischen 1981-1990 gemacht wurden (vgl. GMRB, 29.3.91). Danach wurden in diesem Jahrzehnt an den *Hochschulen* und an den *Fachschulen* der Sekundarstufe (Polytechniken) gut 12 Millionen Menschen ausgebildet. Das sind mehr als von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren insgesamt ausgebildet wurden. Die Zahl der Hochschulstudenten hat sich von 1.144.000 im Jahre 1980 auf 2.063.000 im Jahre 1990 erhöht, die der Fachschüler auf Sekundarebene von 1.243.000 (1980) auf 2.244.000 (1990). Besonders stark ist die Zahl der Forschungsstudenten (Postgraduierten) angestiegen - von 21.604 im Jahre 1980 auf 93.000 im Jahre 1990.

Die *berufliche und technische Bildung* der Sekundarstufe hat sich als zweites Gleis der Sekundarschulbildung ebenfalls schnell entwickelt. 1990 gab es in China 17.000 berufliche und technische Schulen der Sekundarstufe mit einer Schülerzahl von 6.530.000, das waren 75,5 bzw. 172,4 Prozent mehr als 1980 (demnach verlief der Ausbau der technischen Schulen schneller als derjenige der Berufsschulen). Von diesen 6,53 Millionen Schülern besuchten 6.050.000 die Oberstufe beruflicher und technischer Sekundarschulen; sie machten 45,7 Prozent aller Sekundarschüler der Oberstufe aus, ein Zu-

wachs um 26,8 Prozent gegenüber 1980. Damit ist man einem wichtigen Ziel der Bildungsreform, nämlich den berufsvorbereitenden und berufsbildenden Sekundarschulbereich etwa auf den gleichen Stand zu bringen wie die allgemeinbildenden Sekundarschulen, deutlich nähergekommen.

Die *Grundschulbildung* konnte durch die Einführung des Schulpflichtgesetzes (1986) relativ stark erweitert werden. 1990 besuchten landesweit 97,8 Prozent aller Kinder im schulpflichtigen Alter die Grundschule; 1980 waren es erst 93 Prozent. (Damit ist freilich nicht gesagt, daß alle eingeschulerten Kinder die Grundschule auch beenden.) Bemerkenswert ist, daß trotz Steigerung der Schulbesuchrate die absoluten Schülerzahlen gesunken sind, und zwar sowohl an den Grundschulen als auch an den Unterstufen der Mittelschulen. Gab es 1980 noch 146.270.000 Grundschüler und 45.383.000 Mittelschüler der Unterstufe, so zählten sie 1990 nur noch 122.420.000 bzw. 38.690.000. Der Rückgang der Schülerzahlen erklärt sich aus den niedrigeren Geburtenziffern aufgrund der Ende der siebziger Jahre begonnenen Familienplanungspolitik.

Auch die *Erwachsenenbildung* hat stark zugenommen und sich positiv auf die Qualität der Arbeitskräfte ausgewirkt. 1990 bildeten sich auf Hochschulebene 1.740.000 Erwachsene fort (1982 waren es 662.000), auf Sekundarschulebene 15.290.000 und auf Grundschulebene 22.820.000. Insgesamt lernten in dem Jahrzehnt 26.630.000 jüngere und mittelalte Analphabeten (wohl zwischen 15 und 40 Jahren) Lesen und Schreiben.

In der *Lehrerbildung* sind ebenfalls merkliche Fortschritte erzielt worden. Das Kontingent der professionellen Lehrkräfte aller Schultypen hat sich zwischen 1980 und 1990 um 1.389.000 auf 10.368.000 erhöht. Gleichzeitig heißt es, daß in diesem Jahrzehnt insgesamt 3.255.000 neue Grund- und Mittelschullehrer ausgebildet worden sind. Die Frage bleibt offen, warum sich das Kontingent der Lehrer in diesem Zeitraum nur um knapp 1,4 Millionen vermehrt hat. Hier zeigt sich, daß die Klage der Bildungsfachleute berechtigt ist, daß zu wenige der Absolventen pädagogischer Hochschulen und anderer Lehrerausbildungsstätten

tatsächlich den Lehrerberuf ergreifen. Aus den genannten Zahlen ergibt sich, daß weit über die Hälfte aller Absolventen nach dem Examen nicht in den Schuldienst geht.

Trotz aller Erfolge wird China weiterhin mit gravierenden Problemen im Bildungswesen konfrontiert sein, nämlich einer zu schwach entwickelten Berufsbildung, einer zu hohen Quote von Schulabbrechern und vor allem einem akuten Mangel an qualifizierten Lehrern. -st-

*(16)

Fünf Jahre Gesetz über allgemeine Schulpflicht

Vor fünf Jahren, im April 1986, hatte China das Gesetz über die allgemeine Schulpflicht erlassen. Aus Anlaß dieses Jubiläums berief die Staatliche Erziehungskommission am 12. April 1991 eine Sitzung in der Großen Halle des Volkes in Beijing ein, um über Stand und Entwicklung der Schulpflicht zu berichten. In einer längeren Rede würdigte Li Tieying, der Leiter der Staatlichen Erziehungskommission, die seit Erlaß des Gesetzes erzielten Erfolge. Laut statistischen Angaben für das Jahr 1990 habe die Mehrzahl der großen und mittleren Städte die neunjährige Schulpflicht (also Grundschule plus Sekundarunterstufe) eingeführt; die restlichen Städte sowie 76 Prozent aller Kreise hätten die allgemeine Grundschulbildung verwirklicht. 97,8 Prozent aller Kinder im Grundschulalter besuchten in China die Grundschule, und 74,6 Prozent aller Grundschulabsolventen gingen auf eine weiterführende Schule, 6,2 Prozent mehr als 1985. Das vor Jahren bestehende Problem des vorzeitigen Schulabbruchs hätten die meisten Gebiete in den Griff bekommen; 1990 sei die Abbruchrate an den Grundschulen auf 2,36 Prozent gesunken, das sei die niedrigste Rate seit 1949 gewesen. (RMRB, GMRB, 13.4.91)

Auch in der Lehrerbildung seien Fortschritte zu verzeichnen. Entsprechend dem Ausbau der neunjährigen Schulpflicht sei ein System für die Lehrerbildung aufgebaut worden, aufgrund dessen die Qualität der Grund- und Mittelschullehrer deutlich angehoben worden sei (ebd.). 1990 habe es in China 1.026 Lehrerausbildungsstätten für die Ausbildung von Grundschulleh-

ren gegeben, die jährlich 200.000 Lehrer entlassen. Die Zahl der Pädagogischen Hochschulen für die Ausbildung von Lehrern für die Mittelschulunterstufe betrage 179 mit einer Abgängerzahl von jährlich 120.000 Mittelschullehrern für die Unterstufe (XNA, 13.4.91).

Auf der Sitzung wurde die Dringlichkeit des Bildungsproblems betont und auf die Notwendigkeit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht hingewiesen, die für die Entwicklung der Lebensverhältnisse und die Modernisierung von entscheidender Bedeutung sei. Einem offiziellen Beschluß vom März zufolge soll bis zum Herbst dieses Jahres in allen Provinzen, autonomen Gebieten und provinzfreien Städten eine Untersuchung durchgeführt werden, inwieweit die allgemeine Schulpflicht realisiert worden ist. Die Untersuchung soll unter den folgenden sechs Aspekten durchgeführt werden:

- (1) Die neunjährige Schulpflicht soll schrittweise eingeführt werden, wobei das Schwergewicht zunächst auf die Einführung der allgemeinen Grundschulbildung zu legen ist. Zugleich sollen Regelungen für die Einführung der neunjährigen Schulpflicht in diesem Jahrzehnt getroffen werden.
- (2) Die staatliche Erziehungspolitik soll verwirklicht werden und insbesondere der Moralerziehung oberste Priorität eingeräumt werden.
- (3) Es sollen mehr Lehrer ausgebildet werden, wobei insbesondere auf ihr politisch-ideologisches Niveau zu achten ist. Auch die Lebensverhältnisse der Lehrer sollen verbessert werden.
- (4) Die Schulbesuchrate der Kinder soll erhöht und konsolidiert, die Schulabbruchrate sowie Kinderarbeit sollen eingeschränkt und das Entstehen neuer Analphabeten unterbunden werden.
- (5) Die finanziellen Mittel für die allgemeine Schulpflicht sollen in erster Linie durch die Regierungen aufgebracht werden, daneben sollen weitere Geldquellen aufgetan werden.
- (6) Die Schulverwaltung soll weiter reformiert und auf jeder Ebene verbessert werden. (RMRB, 13.4.91)

Durch die Einführung des Schulpflichtgesetzes ist der allgemeine Schulbesuch zweifellos gefördert worden, dennoch ist die in dem Gesetz festgelegte neunjährige Schulpflicht noch lange nicht verwirklicht. Offiziellen Angaben zufolge hat ein Viertel aller Kreise noch nicht einmal die Grundschulbildung obligatorisch gemacht (XNA, 13.4.91). Zudem täuscht die offiziell genannte Schulbesuchrate von 97,8 Prozent, denn längst nicht alle einmal eingeschulten Kinder beenden die Grundschule. Die tatsächliche Abbruchrate dürfte weitaus höher liegen als bei 2,36 Prozent. Ein weiteres Hindernis auf dem Weg zur neunjährigen Schulpflicht sind der gravierende Lehrermangel und die mangelnde Qualifikation der Lehrer, vor allem auf dem Lande. Auch die vielfach unzureichenden Schulräume und Lehrmittel sowie die mangelnde Bereitschaft der örtlichen Regierungen, mehr im Bildungswesen zu investieren, erschweren die Realisierung der neunjährigen Schulpflicht. -st-

*(17)

Lehrplan- und Abiturreform an den Mittelschuloberstufen

In diesem Jahr sollen der Lehrplan und das Abitur an der Oberstufe der Mittelschulen reformiert werden mit dem Ziel, eine objektivere und standardisiertere Beurteilung der Leistungen der Mittelschulabgänger zu gewährleisten. Bisher gab es in China keine staatliche Abiturprüfung, sondern jeder, der die am Ende jedes Schuljahres stattfindende schulinterne Prüfung des letzten Jahrgangs (12. Klasse) bestand, erlangte damit auch die Hochschulreife. Jetzt soll eine staatliche Abiturprüfung eingeführt werden, die den Abiturienten umfassend bewerten soll. Neben schriftlichen Prüfungen in Fächern wie Chinesisch, Mathematik, Fremdsprachen, Politik, Physik, Chemie, Biologie, Geschichte und Geographie soll es auch eine Bewertung der praktischen Fähigkeiten z.B. bei Laborarbeit und anderer Arbeit geben. Die Trennung in einen natur- und einen geisteswissenschaftlichen Zug soll abgeschafft werden, weil sie für die Erlangung einer umfassenden Allgemeinbildung nachteilig ist. Die Einführung der Prüfung macht eine Reform des Lehrplans an den Mit-

telschuloberstufen sowie der staatlichen Hochschulnahmeprüfungen erforderlich. (XNA, 12.4.91)

Vertreter der Staatlichen Erziehungskommission erläuterten am 9.4.91 auf einer Pressekonferenz vor Journalisten Einzelheiten der Reform (vgl. RMRB, 12.4.91, S.5; vgl. auch GMRB, 22.4.91). Die Reform besteht aus zwei Elementen, der Lehrplanreform und der Einführung der Abiturprüfung. Was die Reform des Lehrplans angeht, so soll zusätzlich zum Fach Politik Unterricht in Gegenwartsfragen eingeführt werden. Das Fach Geschichte soll um den Unterricht in moderner Geschichte erweitert werden. Außerdem sollen Sozialpraktika formale Fächer werden. All dies soll dazu dienen, daß die Schüler ein besseres Verständnis für die Lage der Nation, der Provinz und der örtlichen Verhältnisse gewinnen.

Die Einführung einer Abiturprüfung soll dazu beitragen, das Verfahren der Hochschulnahme zu verbessern. Bei der geplanten Abiturprüfung handelt es sich um eine staatlich anerkannte Prüfung der oberen Mittelschulen, die auf Provinzebene in den Fächern der Sekundarschulen durchgeführt wird. Sie ist zum einen ein Mittel, die Unterrichtsqualität an den Mittelschulen zu bewerten, zum anderen eine Methode, um herauszufinden, ob ein Abiturient die Grundanforderungen der Pflichtfächer erfüllt. Insofern unterscheidet sich die Abiturprüfung wesentlich von der Hochschulaufnahmeprüfung. Der Abiturient erhält das Abiturzeugnis, wenn er sich in ideologischer Hinsicht (einschließlich sozialer Praxis) qualifiziert, wenn er die Prüfungen in den Pflichtfächern besteht und den Standard in Sport erreicht. Nach bestandener Abiturprüfung an der Mittelschule verringern sich die Prüfungsfächer bei den Hochschulaufnahmeprüfungen. Beim Abitur werden die Pflichtfächer geprüft, bei den Hochschulaufnahmeprüfungen nur solche Fächer, die mit dem Studienfach des Kandidaten zusammenhängen. Auf diese Weise wird die Belastung der Kandidaten bei den Aufnahmeprüfungen vermindert und kann die einseitige Vorliebe für bestimmte Fächer überwunden werden.

Durch die Lehrplanreform wird die Zahl der Pflichtfächer reduziert und teilweise auch der Standard gesenkt. Wie von seiten der Erziehungskom-

mission erläutert wurde, liegt der Grund darin, daß vor der Reform die Lehrpläne allein für die Schwerpunkt-Mittelschulen ausgelegt waren. Für normale Mittelschulen waren die Anforderungen zu hoch, so daß die Mehrzahl der Oberschüler nicht mitkommen konnte.

Die Neuordnung des Abiturs wird sich auf den Inhalt der Hochschuleingangsprüfungen in zweierlei Hinsicht auswirken: Zum einen wird sich der Schwierigkeitsgrad der Prüfungen verringern, zum anderen soll auf die Bewertung der Fähigkeiten der Kandidaten besonderes Gewicht gelegt werden, obwohl die Wissensprüfung die Grundlage bleibt.

Die Lehrplanreform soll von den Schulaufsichtsbehörden überprüft werden (ebd.).

Die Einführung eines staatlich anerkannten Abiturs bedeutet einen Schritt in Richtung auf eine Rationalisierung des Abiturs. Bisher lag die Vergabe der Abschlußzeugnisse im Ermessen der einzelnen Schule, d.h., Abschlußzeugnisse konnten in Einzelfällen auch aus anderen Gründen als aufgrund von Leistung vergeben werden. Durch die neue Abiturprüfung wird der Abgang der oberen Mittelschule in jedem Fall qualifizierter. Zudem wird nun ein Abiturient nicht nur nach seinem Wissen, sondern auch nach anderen Kriterien beurteilt, nicht zuletzt danach, wie er sich in der gesellschaftlichen Praxis bewährt. Bei der Lehrplanreform wird mehr Gewicht auf die praktischen Fächer gelegt; besonders zu begrüßen ist, daß der Unterricht in moderner Geschichte verstärkt werden soll, ein Gebiet, das bislang stark vernachlässigt wurde. -st-

*(18)

Diskussionen über den Brain-Drain

Mitglieder der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes schnitten auf deren jüngster Sitzung ein heikles Thema an: den Brain-Drain, ein Problem, unter dem China zunehmend leidet, über das jedoch bisher nicht öffentlich diskutiert wurde. Vielmehr versuchten offizielle Stellen das Problem immer zu kaschieren, indem sie auf die angeblich hohen Rückkehrerquoten von im Ausland weilenden Studenten und Wissenschaftlern

verwiesen. Auf der Sitzung wurden nun erstmalig konkrete Zahlen genannt, die zeigen, daß weit über die Hälfte aller ins Ausland geschickten Studenten und Wissenschaftler nicht in die Heimat zurückkehrt.

Hou Xianglin, stellvertretender Vorsitzender des Komitees für Wissenschaft und Technik des Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, schnitt das Thema im Namen einer Gruppe von Wissenschaftlern und Technikern auf der Vollversammlung an. Seit 1978, so sagte er, habe China über 90.000 Personen zum Studium ins Ausland geschickt, doch nur 40.000 seien bislang zurückgekehrt. Dieser Brain-Drain sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Studierenden ihren Aufenthalt im Ausland ausdehnen, und zwar mit zunehmender Tendenz, vor allem bei den Postgraduierten und Promovierten. Das Problem betreffe aber Studenten gleichermaßen wie jüngere Wissenschaftler. Die Folge sei, daß diese Wissenschaftler in der Forschung und Ausbildung fehlten. (XNA, 2.4.91)

Um dem Brain-Drain entgegenzuwirken, müßten nach Hou Xianglin vor allem drei Probleme gelöst werden:

1. Wissen müsse stärker respektiert werden. Laut statistischen Angaben der Beijinger Stadtregierung liegt das Lebensinkommen eines Akademikers ein Sechstel unter dem eines Absolventen der Mittelschulunterstufe, der früher zu arbeiten anfängt. Solange dies der Fall sei, könne man nicht davon sprechen, daß Wissen geachtet würde.

2. Die Investitionsraten bei Wissenschaft und Technik müßten stetig steigen und nicht, wie in den letzten Jahren festzustellen, sinken. Von den 26 Jahren zwischen 1961 und 1987 wiesen zehn Jahre ein negatives Wachstum bei den Ausgaben für Wissenschaft und Technik auf. Von 1985 bis 1988 sei der Anteil der Ausgaben für Wissenschaft und Technik am gesamten Staatshaushalt von 5,6 auf 4,4 Prozent gesunken. Vor allem müßten mehr finanzielle Mittel für Forschungsprojekte und die Erneuerung der Ausstattung wichtiger Forschungsinstitute bereitgestellt werden.

3. Des weiteren seien Umstrukturierung der Wirtschaft und eine Verbesserung des Arbeitssystems notwendig.

Außerdem seien bei den Forschungsinstituten die "irrationalen Auflagen" zu reduzieren. Was genau hinter dieser Äußerung steht, wird nicht erläutert. Vermutlich wird hier auf die Politik angespielt, daß sich die Institute durch Auftragsforschung für die Wirtschaft im wesentlichen selbst finanzieren sollen.

Schließlich schlug Hou Xianglin als weitere Maßnahmen gegen den Brain-Drain vor, für gute Wissenschaftler das Wohnungsproblem zu lösen und eine Politik der freien Ein- und Ausreise zu praktizieren.

Ein weiteres Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz namens Ding Cong sprach das Problem des Brain-Drain auf künstlerischem Gebiet an (vgl. *Dagong Bao*, Hongkong, 4.4.91, nach SWB, 15.4.91). Er nannte in seiner Rede Zahlen aus dem Bereich der Musik- und Theaterwelt, die für sich sprechen. Danach haben das Land verlassen:

- Zwischen 1978 und heute 129 Mitglieder des Zentralen philharmonischen Orchesters, 32 Prozent der Orchestermitglieder;
- seit 1977: 132 Mitglieder des Zentralen Ballettensembles, 31 Prozent der Tänzer; - zwischen 1980 und 1990: 87 Mitglieder des Zentralen Opernhauses, 25,6 Prozent der Darsteller;
- seit 1977: 72 Mitglieder des Philharmonischen Orchesters Shanghai, 36 Prozent;
- seit der Öffnung 111 Mitglieder des Shanghaier Symphonieorchesters, von denen sich noch 96 im Ausland befinden, 61,9 Prozent des Orchesters;
- 67 Mitglieder des Shanghaier Ballettensembles, 29 Prozent des Ensembles; weitere 26 bewerben sich derzeit um einen Auslandsaufenthalt;
- zwischen 1979 und 1990: 248 Dozenten und Studenten des Zentralen Konservatoriums, davon 149 Studenten, die auf eigene Kosten im Ausland studieren; bisher ist niemand von ihnen zurückgekehrt;
- seit 1979: 346 Leute vom Shanghaier Konservatorium, davon 150 Dozenten, 27 Angestellte und 168 Studenten; die Zahl der nicht zurückgekehrten Dozenten und Angestellten macht 25,7 Prozent des Personals an dem Konservatorium aus.

Die Folgen dieses künstlerischen Brain-Drain werden als katastrophal geschildert. Nach dem Weggang der hervorragenden jungen Dirigenten der Zentralen Philharmonie und des Shanghaier Symphonieorchesters gebe es in beiden Orchestern keinen Ersatz für die Dirigenten. Auch die Qualität der Theater habe erheblich unter dem Verlust guter Fachkräfte zu leiden. Wie es heiße, könne man allein in Hongkong mit den Künstlern, die das Festland verlassen haben, ein Symphonieorchester, ein Ballettensemble und selbst ein Konservatorium gründen.

Nach seiner Bestandsaufnahme erläuterte Ding Cong die Merkmale und die Gründe für den künstlerischen Brain-Drain. Dabei nannte er folgende Merkmale: 1. Die ins Ausland gegangenen Künstler zeichnen sich in der Regel durch hohe Professionalität aus; meist sind es die besten Kräfte, und viele von ihnen haben internationale Preise gewonnen. 2. Die meisten sind junge Leute zwischen 25 und 35 Jahre, die am Beginn ihrer Karriere stehen. Ihr Weggang stellt einen großen Verlust für die Entwicklung der Kultur in China dar und wirkt sich negativ auf die Daheimgebliebenen aus. 3. Die Mehrzahl der Fortgegangenen studiert auf eigene Kosten in den USA; der Rest besucht Verwandte und kehrt trotz abgelaufener Visa nicht zurück. 4. Die meisten sind im Ausland in ihrem Fach tätig, manche haben sogar eine erfolgreiche Karriere begonnen.

Als Gründe gibt Ding Cong an: 1. schlechte Bedingungen für die Entwicklung einer Karriere, 2. niedrige Gehälter, mangelnde Wohlfahrt und Wohnungsmangel; 3. die Kulturpolitik, in der Musik insbesondere die Verdrängung der E-Musik durch Popmusik; 4. das Fehlen normaler internationaler Austauschbeziehungen. Als Hauptgrund läßt sich demnach anführen, daß sich künstlerische Begabungen in China nicht genügend entfalten können.

Ein weiterer, nicht ausgesprochener Grund dürfte die verschärfte ideologische Situation seit Sommer 1989 sein, zumal der Brain-Drain seitdem deutlich zugenommen hat. Solange sich diese Situation nicht ändert und solange der Spielraum für Künstler, Wissenschaftler und andere Intellektuelle weiterhin so eingeengt bleibt, wird China das Problem des Brain-Drain nicht lösen können. -st-

*(19)

Akuter Mangel an landwirtschaftlichen Fachleuten auf dem Lande

Abgeordnete des Nationalen Volkskongresses haben auf ihrer jüngsten Sitzung auf den akuten Mangel an landwirtschaftlichen Fachleuten in der Landwirtschaft hingewiesen. Einem Bericht des Zentralen Volksrundfunks in Beijing zufolge (7.4.91, nach SWB, 12.4.91) hat China seit 1949 auf landwirtschaftlichen Schulen verschiedener Kategorien über eine Million Agrarexperten ausgebildet. Bedauerlicherweise hätten jedoch über 600.000 von ihnen nach und nach die Landwirtschaft wieder verlassen, um eine Tätigkeit in Büros oder Betrieben aufzunehmen. Nur etwa 150.000 seien zweckbestimmt in der Landwirtschaft tätig. Damit stünde durchschnittlich weniger als ein Agrarspezialist pro 10.000 mu Ackerland zur Verfügung. Seit Jahren, so heißt es in dem Bericht, wird von der Anwendung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse in der Landwirtschaft geredet, aber über die Hälfte aller Gemeinden und Landstädte verfüge noch nicht einmal über eine agrotechnische Station. Siebzig Prozent aller agrarwissenschaftlichen und technischen Errungenschaften gelange überhaupt nicht an die Basis, sondern bleibe in der wissenschaftlichen Forschung stecken.

Im Gegensatz zu dem Mangel an Fachkräften auf dem Lande stehe die personelle Überbesetzung in den landwirtschaftlichen Abteilungen auf und oberhalb der Kreisebene und in Betrieben und anderen Institutionen. Ein Großteil der Absolventen von landwirtschaftlichen Schulen gehe gar nicht erst aufs Land, so wird geklagt, denn sie und ihre Eltern versuchten mit allen Mitteln, eine Arbeitsplatzzuweisung auf dem Lande zu verhindern. Diejenigen, die einen Arbeitsplatz in der Landwirtschaft zugewiesen bekämen, würden sich schon bald um eine Versetzung auf andere Jobs in den Städten bemühen. Da die Lebensumstände auf dem Lande härter als in der Stadt seien, wolle niemand gern auf dem Lande wohnen bleiben. Der Mangel an landwirtschaftlichen Fachkräften mache sich besonders bei der Anwendung von Kunstdünger und Insektiziden bemerkbar; hier brauchten die Bauern dringend fachliche Anleitung.

Auch in der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes wurde das Problem behandelt. Ein Mitglied des Nationalkomitees bemängelte, daß bei der Ausbildung die gegenwärtige Praxis der einheitlichen Studienplatzzuweisung und der anschließenden einheitlichen Arbeitsplatzzuweisung der Absolventen landwirtschaftlicher Schulen den Anforderungen an die Ausbildung agrotechnischer Fachleute nicht gerecht würde. Die landwirtschaftlichen Hochschulen, so lautete sein Vorschlag, sollten ihre Studenten aus dem Kreis der Abiturienten in ländlichen Gegenden rekrutieren, selbst auf die Gefahr hin, daß dann der Prüfungsstandard herabgesetzt werden müsse. Diese Abiturienten sollten nach ihrer Zulassung zur Hochschule einen Vertrag unterschreiben, in dem sie sich verpflichten, nach dem Studium in ihren Heimatkreis zurückzukehren, um dort für immer zu arbeiten (ebd.).

Die Modernisierung der Landwirtschaft ist praktisch nicht möglich ohne ein großes Kontingent an agrotechnischen Fachleuten. Zu Maos Zeiten schickte man zwangsweise gebildete Jugendliche aufs Land, die jedoch fachlich nicht auf ihre Aufgabe vorbereitet waren und später wieder in die Städte zurückkehrten. Heute ist der Zwang entfallen, und mit den ständigen Appellen an die Hochschulstudenten, nach dem Studium aufs Land zu gehen, ist nicht viel zu erreichen. Auch die zahlreichen Anreize, die teils in Aussicht genommen, teils verwirklicht sind, wie etwa ein befristeter Aufenthalt auf dem Lande, Beibehaltung der Haushaltsregistrierung in der Stadt usw., haben nicht viel bewirkt. Gebraucht werden auf dem Lande ja nicht nur Agrotechniker, sondern auch Lehrer, Ärzte u.ä. Das Problem wird wohl erst gelöst sein, wenn sich die Lebensumstände auf dem Lande denen der Städte angeglichen haben werden. -st-

*(20)

Ausbau des Gesundheitswesens in den achtziger Jahren

Im Gesundheitswesen wurden in den achtziger Jahren in China auf allen Gebieten merkliche Fortschritte erzielt. Entsprechende Zahlen, die vom Staatlichen statistischen Amt zusammengestellt wurden, veröffentlichte die *Guangming-Zeitung* in ihrer Ausgabe

vom 7.4.91. Danach gab es Ende 1990 im Gesundheitswesen landesweit insgesamt 208.000 Institutionen, 27.000 mehr als 1980. Die Zahl der Krankenhausbetten stieg im selben Zeitraum um 642.000 auf 2.624.000 an. Das medizinische Fachpersonal konnte seit 1980 um 1,1 Millionen auf einen Stand von 3.898.000 (1990) erweitert werden. Darunter zählten die Ärzte 1.763.000, ein Zuwachs um 610.000. Damit entfielen 1990 auf Tausend Einwohner 1,54 Ärzte (1980: 1,17 Ärzte).

In der Gesundheitsvorsorge wurden deutliche Erfolge erzielt, vor allem sind die Infektionskrankheiten merklich zurückgegangen. Ende 1990 gab es bereits 3.618 Impfstellen, 687 mehr als 1980. Die Infektionsrate ebenso wie die Sterblichkeitsrate bei den wichtigsten Infektionskrankheiten konnten von 1980 2.079,8 pro 100.000 bzw. 3,76 pro 100.000 auf 1990 265 pro 100.000 bzw. 0,93 pro 100.000 gesenkt werden. Auch die Gesundheitsarbeit für Mutter und Kind konnte verbessert werden. Derzeit gibt es in China 2.820 Mutter- und Kind-Kliniken oder -Stationen, 210 mehr als 1980.

Verhältnismäßig schneller hat sich das Gesundheitswesen in den autonomen Gebieten der nationalen Minderheiten entwickelt. Ende 1990 gab es in den Minderheitengebieten 332.000 Krankenhausbetten und ein Kontingent von 489.000 an medizinischem Personal. Dies bedeutete gegenüber 1980 einen Zuwachs von 37,4 bzw. 50,7 Prozent. Damit lag die Zuwachsrate um 5 bzw. 11,4 Prozent höher als in ganz China.

Darüber hinaus konnte in dem Jahrzehnt auch die Trinkwasserqualität auf dem Lande verbessert werden. Bis Ende der achtziger Jahre wurden etwa 10 Mrd. Yuan aufgewendet, um das Trinkwasser für gut 600 Mio. auf dem Lande lebender Menschen zu verbessern.

Die Leistungen in bezug auf den Ausbau des Gesundheitswesens sind unbestreitbar - sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Dennoch bleibt anzumerken, daß die medizinische Versorgung der ländlichen Bevölkerung vielfach immer noch unzureichend ist. Dies liegt vor allem an dem Ärztemangel, der darauf zurückzuführen ist, daß die überwiegende Mehrzahl der Jungärzte nicht gewillt ist, sich auf dem Lande niederzulassen. -st-

Außenwirtschaft

*(21)

Zhu Rongji in Deutschland

Der Shanghaier Oberbürgermeister und nunmehr neue stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji begann am 22.4.91 seine achttägige offizielle Reise durch die Bundesrepublik Deutschland.

Zhu Rongji, der als erster chinesischer Besucher nach dem 4. Juni 1989 auf Ministerebene empfangen wurde, führte zunächst Wirtschaftsgespräche mit dem Vorsitzenden des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Jürgen Möllemann, und Kanzleramtsminister Karl Seifers in Bonn.

Von chinesischer Seite wurde auf die Fortsetzung der außenwirtschaftlichen Öffnungspolitik und auf die stabile wirtschaftliche Entwicklung hingewiesen. Zhu betonte, daß die Unternehmen zwar größere Entscheidungsrechte erhielten, im außenwirtschaftlichen Bereich jedoch zur Aufrechterhaltung der Liefer-, Qualitäts- und Zahlungstreue zentrale Strukturen beibehalten würden.

Die deutschen Gesprächspartner sahen gute Aussichten für eine Normalisierung der Handelsbeziehungen und eine erneute Ausweitung der deutschen Exporte, die im Vorjahr stark zurückgegangen waren. In diesem Zusammenhang forderte Otto Wolff von Amerongen einerseits eine größere Transparenz des chinesischen Marktes für die deutschen Anbieter und warnte andererseits vor einer Abschottung der chinesischen Unternehmen vom Weltmarkt.

Kanzleramtsminister Seifers bewertete die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit als Zeichen des guten Willens und des langfristigen Interesses der Bundesregierung an guten deutsch-chinesischen Beziehungen. Als Beispiel der erfolgreichen Kooperation nannte Zhu Rongji die deutsche Beteiligung am U-Bahn-Bau in Shanghai. (SWB, 25.4.91; HB, 24.4.91)

Nach Gesprächen mit Außenminister Genscher in Berlin besuchte Zhu Rongji auch Hamburg. Hier stellte er